

Kusterdingen aktuell

Aus der letzten Sitzung des Gemeinderates

Integrationsmanagement

Das Ministerium für Soziales und Integration sowie die kommunalen Landesverbände haben sich auf einen Pakt für Integration mit den Kommunen geeinigt. Kernstück des Paktes ist die Finanzierung von rund 1.000 Integrationsmanagern in den Städten und Gemeinden. Diese sollen die Geflüchteten mit Bleibeperspektive zwei Jahre lang individuell dabei unterstützen, die vorhandenen Integrationsangebote wahrzunehmen. Insbesondere soll auf eine Stärkung der Selbstständigkeit und –verantwortung der Menschen hingewirkt werden. Diskussionspunkt in dieser Sitzung war, wo der Integrationsmanager angesiedelt werden soll, bei der Gemeinde bzw. einem Wohlfahrtsverband oder beim Landratsamt. Landrat Walter, der in der Sitzung zugegen war, bot der Gemeinde an, den Integrationsmanager beim Landratsamt anzusiedeln, dies hätten bisher fast alle Gemeinden im Kreis so gemacht. Er hob hervor, dass die Person nicht im Büro im Landratsamt sitzen würde, sondern direkt vor Ort in Kusterdingen wäre. Von den anwesenden Mitgliedern der Flüchtlingshilfe war befürchtet worden, dass die Flüchtlinge zu Gesprächen immer ins Landratsamt hätten gehen müssen. Sie betonten, dass Integrationshilfe nur vor Ort und nicht im Landratsamt stattfinden könne. Bürgermeister Dr. Soltau sagte zu, dass die Rathäuser dem Integrationsmanager offen stehen würden. Landrat Walter erklärte, dass im Rahmen des Integrationsmanagements mit jedem Flüchtling bzw. jeder Flüchtlingsfamilie ein Gespräch geführt werden solle. Es solle dabei jeweils eine Zielvereinbarung festgelegt werden. Das Potential der ehrenamtlichen Helfer soll hierbei mit ausgeschöpft werden. Auf Nachfrage der Flüchtlingshilfe entgegnete Landrat Walter, dass der Pakt für Integration die Priorität auf Personen mit Bleibeperspektive richtet, die anderen Personen aber nicht hängen gelassen werden dürfen. Nach längerer Diskussion, ob es besser wäre, das Integrationsmanagement zentral über das Landratsamt Tübingen oder dezentral über einen Wohlfahrtsverband in Kusterdingen zu führen, beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, das Integrationsmanagement über den Förderzeitraum auf den Landkreis Tübingen zu übertragen. Als ein großer Vorteil wurde angesehen, dass das Landratsamt Regionalteams bilden möchte, die sich gegenseitig unterstützen und auch vertreten können. Die Flüchtlinge sollen jeweils das gesamte Team kennen lernen. Ein Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbands wäre weitgehend auf sich alleine gestellt.

Krämerstraße Mähringen

- Vergabe der Kanal-, Wasser- und Straßenbauarbeiten

Die Maßnahme „Ausbau der Krämerstraße in Mähringen“ wurde öffentlich ausgeschrieben. Von den 10 Firmen, die das Leistungsverzeichnis angefordert haben, gaben lediglich 4 Firmen ein Angebot ab. Als Trend zeigt sich bei Baumaßnahmen generell, dass weniger Firmen Angebote abgeben und die Kosten steigen. Das günstigste Angebot für den Ausbau der Krämerstraße beläuft sich auf 328.877,99 €. Bieter ist die Firma EUROVIA Teerbau aus Renningen. Der Gemeinderat beschloss die Vergabe an die Firma EUROVIA mehrheitlich bei einer Enthaltung.

Freigabe des neuen Internetauftritts der Gemeinde Kusterdingen

Im Juli 2015 beschloss der Verwaltungsausschuss eine Überarbeitung der Gemeindehomepage im Haushaltsjahr 2016. Die Firma Hitcom aus Dunningen wurde mit dieser Überarbeitung beauftragt. Im Juli 2016 fand ein Ideenworkshop statt, daraufhin wurde ein Layout entworfen, welches Ende September 2016 freigegeben wurde. Nach Mitarbeiterschulungen im November 2016 wurde mit dem Einpflegen der Inhalte auf der neuen Webpräsenz begonnen. Die fertige Homepage wurde dem Gemeinderat ausschnittsweise vorgestellt und anschließend freigegeben. Seit Montag ist die neue Homepage nun online. Die Website soll den Bürgerservice vor Ort verbessern und eine aktuelle und zeitnahe Informationsquelle darstellen. Die Homepage ist barrierefrei und passt sich im Format an unterschiedliche Bildschirmgrößen auf verschiedenen Ausgabegeräten (responsive webdesign) an.

Durchführung der Bundestagswahl am 24.09.2017

- Bildung der allgemeinen Wahlbezirke und des Briefwahlbezirks**
- Bildung der Wahlvorstände**
- Verlegung des Wahllokals in Wankheim**

Für die Bundestagswahl wurde die Wahlbezirkseinteilung weitestgehend wie bei den letzten Wahlen vorgenommen. Für den Ortsteil Kusterdingen wurden drei Wahlbezirke, für die anderen Ortsteile jeweils ein Wahlbezirk gebildet. Wegen der stetig wachsenden Anzahl an Briefwählern, wurde erstmals ein zweiter Briefwahlausschuss gebildet. Die Briefwahl würde bei der Ergebnisermittlung bei geschätzten über 1.300 Briefwählern sonst zu weit hinterherhinken. Da das Rathaus in Wankheim saniert wird, wird das Wankheimer Wahllokal in das Kinderhaus Regenbogen in Wankheim verlegt. Die übrigen Wahllokale befinden sich in den sonst üblichen Räumlichkeiten. Abschließend beschloss der Gemeinderat die Besetzung der Wahllokale im Ort Kusterdingen sowie der Briefwahlausschüsse. Über die Besetzung der Wahllokale in den anderen Ortsteilen beschließen die jeweiligen Ortschaftsräte.

Genehmigung der Annahme einer Spende von der Kreissparkasse Tübingen

Die Kreissparkasse Tübingen hat der Gemeinde anlässlich der Einweihung der erweiterten Sportanlage in Mähringen eine Spende in Höhe von 5.000 € übergeben. Nach § 78 Abs. 4 GemO muss die Annahme der Spende durch den Gemeinderat genehmigt werden. Diese Genehmigung wurde vom Gemeinderat einstimmig erteilt.

Genehmigung der Annahme einer Spende von der Schreinerei Remensperger

Herr Remensperger hat ein sogenanntes Kusterdinger Waldsofa aus massivem Kusterdinger Eschenholz gefertigt und dieses der Gemeinde zur Aufstellung auf der Hülbe gespendet. Der Gemeinderat beschloss die Annahme der Spende einstimmig und dankte dem Spender.

Machbarkeitsstudie zur räumlichen Entwicklung an der Härtenschule in Kusterdingen-Mähringen

- Vergabe der Planungsleistung

Für die Erarbeitung des Anforderungsprofils, die vorbereitende Planung und Überprüfung der Machbarkeit sowie die Begleitung des Projekts, ist es notwendig, ein Planungsbüro mit entsprechender Erfahrung im Schulbau heranzuziehen. Das Büro Kilian + Partner aus Stuttgart wurde der Verwaltung empfohlen und daraufhin angeschrieben. Ein erster Besichtigungstermin wurde bereits zur Angebotserstellung durchgeführt. Die Verwaltung sieht das Büro aufgrund der Referenzen und dem Eindruck vor Ort als geeignet an. Das Büro arbeitet auch eng mit dem Landratsamt Tübingen und dem Regierungspräsidium zusammen. Der Gemeinderat beschloss mehrheitlich, das Büro Kilian + Partner zur Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Das vorläufige Gesamthonorar beträgt 23.462,04 €.